



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Januar 2021
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

M 424 Motion Meyer Jörg und Mit. über die Schaffung eines Forschungs- und Innovationsfonds / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement i. V. mit Finanzdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Jörg Meyer beantragt Erheblicherklärung als Postulat.

Jörg Meyer: Ich bin etwas unsicher, ob ich der Regierung für die schnelle Stellungnahme danken soll. Die Motion wurde am 30. November 2020 eröffnet und am 9. Dezember 2020 im Regierungsrat behandelt. Das ist möglicherweise eine der schnellsten Motionen des letzten Jahres. Aus meiner Sicht bemerkt man leider nicht nur inhaltlich, sondern auch bei der Tiefe der Auseinandersetzung die kurze Bearbeitungszeit. In den Stellungnahmen der Regierung zu verschiedenen Vorstössen wird darauf hingewiesen, dass gerade Forschung und Innovation als langfristige Massnahme der Wirtschaftspolitik auch im Kanton Luzern eine grosse Bedeutung haben. Die Regierung schreibt in der Stellungnahme zu dieser Motion, dass neue Instrumente ganzheitlich geprüft werden müssten in Abstimmung mit weiteren Akteuren und bestehenden Instrumenten. Dem stimme ich zu. Trotzdem lautet der Antrag der Regierung nach diesen neun Tagen auf Ablehnung. Ich bin etwas irritiert, denn wenn wir langfristig denken, müssen wir unsere Stärken stärken. Unsere Hochschule ist im Bereich Technologie sehr forschungsintensiv, auch das Projekt Campus Horw geht in diese Richtung, und im Klimabericht werden Beiträge für Klimatechnologien erwähnt. Es gibt also genügend Themen, die Aufmerksamkeit erfordern würden. Ich finde, dass das Thema in der Wirtschaftspolitik des Kantons Luzern Thema sein muss und nicht einfach abgeschmettert werden kann. Es ist mir bewusst, dass es schon viel gibt. Meiner Meinung nach gibt es vielleicht sogar zu viele und unüberschaubare Instrumente. Es gibt jedoch wenig wirklich konkrete Projektunterstützung. An den Hochschulen und bei der Wirtschaftsförderung ist diesbezüglich durchaus ein Interesse vorhanden. Dies würde langfristig die Attraktivität des Standortes Luzern fördern. Ich bin mir bewusst, dass die Motion Nägel mit Köpfen machen wollte, darum beantrage ich die Erheblicherklärung als Postulat. Mein Anliegen ist nicht, dass wir heute beschliessen wie genau und wie viel. Mir geht es darum, dass wir das Thema anerkennen und einsehen, dass es ein Instrument braucht, das direkter fördert. Ich möchte heute keine finanzpolitische Diskussion starten. Auch über die Form muss heute nicht diskutiert werden. Aber in der Wirtschaftspolitik des Kantons Luzern muss dies ein Thema bleiben. Setzen wir ein Signal für Innovations- und Forschungsförderung, und geben wir der Regierung den Prüfauftrag.

Rahel Estermann: Es ist nun schon einige Stunden her, dass meine Kollegin Korintha Bärtsch im Fraktionsvotum darauf hingewiesen hat, dass wir gerade heute durch die Corona-Krise eine Gelegenheit für einen Neustart erhalten für eine wirtschaftliche Transformation in Richtung eines ökologischen Umbaus unserer Wirtschaft. Gestern Abend haben sich einige von uns mit dem Klimabericht befasst. Dabei bleibt die Grafik in

Erinnerung, bei der alle Linien immer näher an der x-Achse verlaufen. Dies bedeutet, dass wir in ganz vielen Bereichen das Ziel «Netto null 2050» erreichen müssen. Zu diesen Bereichen gehören auch die Mobilität und die Industrie. Das ist eine gewaltige Herausforderung, die eine gewaltige Weiterentwicklung erfordert und eine grosse Chance darstellt. Die Unternehmen, die nicht mehr auf fossile Ressourcen setzen, werden je länger je stärker werden. Die USA, die EU und China investieren gewaltige Summen in die ökologische Transformation, häufig unter dem Begriff «Green New Deal». Ich habe etwas weit ausgeholt, aber damit möchte ich sagen, dass auch die Luzerner KMU, die sich grüner und digitaler ausrichten, längerfristig zu den Gewinnern gehören werden. Der Vorschlag von Jörg Meyer ist eine Gelegenheit, die Transformation zu unterstützen. Klar gibt es bereits Instrumente, aber wir können mit einem eigenen Fonds noch stärker eigene Prioritäten setzen. Wir können auf Luzerner Anliegen beispielsweise aus dem Klimabericht eingehen und diese gezielt fördern. Wenn wir jetzt in die Forschung und die Innovation in unserem Kanton investieren, wird sich das mehrfach auszahlen. Es gibt wohl kaum eine klügere Investition. Es würden Forschungsgelder von Hochschulen nach Luzern fließen. Die G/JG-Fraktion wird deshalb für die Erheblicherklärung als Postulat stimmen. Wir werden die von Jörg Meyer angetönte Diskussion weiterführen, weil dies der Weg in die Zukunft des Kantons Luzern ist.

Franz Räber: Ich bin voll und ganz mit Jörg Meyer einverstanden, dass jetzt und vor allem weiterhin nachhaltige und zukunftsgerichtete Voraussetzungen für die Luzerner Wirtschaft geschaffen werden müssen. Ich bin aber auch überzeugt, dass die FDP schon lange mit der Anpassung der Unternehmenssteuer einen sehr wichtigen Weg eingeschlagen hat. Sehr enttäuschend ist für mich jedoch, dass auch die SP-Fraktion dauernd gegen diese wirtschaftsfreundliche Steuerpolitik schießt. Jetzt sollen plötzlich wieder für innovative Luzerner Firmen zusätzliche Gelder gesprochen werden, obwohl man das Geld der Wirtschaft mit der gewünschten Erhöhung der Unternehmenssteuern dauernd entziehen möchte. Die FDP ist wie die Regierung der Meinung, dass der Kanton schon genügend Gefässe für innovative Luzerner Unternehmen hat. Sonst gibt es noch die Innosuisse, welche innovative Firmen eidgenössisch unterstützt. Wir müssen unsere Wirtschaft und unsere KMU optimal mit besten Rahmenbedingungen ausrüsten. So können unsere Betriebe auch weiterhin und trotz Corona unterstützt und die Arbeitsplätze gehalten und ausgebaut werden. Aus eigener Erfahrung weiss ich, dass die fehlenden Innovationen bei den Betrieben meistens nicht fehlenden Ideen, sondern dem Aufwand für die Eingabe bei Fonds geschuldet sind. Die Aufwände würden mit mehr Innovationen viel höher, und gewisse Firmen müssten sogar zusätzliche Arbeitsplätze schaffen, um dies zu stemmen. Die FDP-Fraktion lehnt die Motion ab. Wir sind für die Förderung innovativer Gewerbebetriebe, wollen aber keinen zusätzlichen Fonds, der weitere Verwaltungsaufwände erzeugt. Ich bitte die SP, auch in Zukunft das Luzerner Gewerbe durch die Akzeptanz der aktuellen Unternehmenssteuern zu unterstützen.

Daniel Keller: Ich bin schon etwas erstaunt über den Vorstoss von Jörg Meyer, da sich die SP sonst eher wirtschaftskritisch äussert. Die Stellungnahme der Regierung stellt dann einiges klar. Ich hätte persönlich in diesem Fall eine gut formulierte Anfrage an die Verwaltung gestellt, um mich über den Bedarf und die Finanzierungsansätze zu erkundigen. Spätestens dann wäre klar geworden, dass der Kanton Luzern in diesem Bereich bereits gut aufgestellt ist. Klar gibt es immer Luft nach oben, aber wir haben nicht die Flughöhe von Zürich, Lausanne oder Genf. Das wollen wir auch gar nicht. Innovationsförderung ist zudem bereits ein Schwerpunkt der Luzerner Wirtschaftspolitik. Die Schaffung eines Forschungs- und Innovationsfonds würde über alles gesehen keinen eigentlichen Mehrwert erzeugen. Die SVP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Bernadette Rüttimann Oehen: Auch die CVP bedankt sich herzlich für die Stellungnahme der Regierung. Wir erachten weder die Schaffung eines Fonds mittels einer Motion noch eine Prüfung eines solchen mittels eines Postulats als sinnvoll. Wir finden generell das Instrument eines Fonds nicht richtig. Die CVP-Fraktion stützt und wertschätzt aber die Forschungs- und Innovationstätigkeit des Kantons Luzern sehr. Sie muss jedoch

angemessen, zielgerichtet und finanzierbar sein. Aus diesen Gründen lehnt die CVP-Fraktion die Motion ab.

Urs Brücker: Mit dem NRP-Programm «zentralschweiz innovativ» haben die Zentralschweizer Kantone die Rahmenbedingungen für eine effiziente und effektive Innovationsförderung geschaffen, welche die Unternehmen bei Prozess- und Produktinnovationen begleiten und unterstützen. Der InnovationsTransfer Zentralschweiz (ITZ) in Horw fungiert dabei als Träger von «zentralschweiz innovativ». Im Rahmen dieses Programms werden KMU von den dort arbeitenden Innovationscoaches – ich war selber auch etwa 18 Jahre ein solcher – kostenlos begleitet. Neuerdings gibt es auch noch einen Innovationspreis, mit welchem viermal im Jahr 20 000 Franken à fonds perdu ausbezahlt werden. Insgesamt stehen von den Zentralschweizer Kantonen und vom Bund 2 Millionen Franken für die Beratung und das Coaching zur Verfügung. Das wichtigste Instrument der Innovationsförderung ist aber selbstverständlich die Innosuisse des Bundes. Hier stehen für die Aufgleisung innovativer Projekte der Hochschulen und der KMU jährlich 200 Millionen Franken zur Verfügung. Am 11. November 2020 hat zudem der Bundesrat angesichts der Pandemie das Impulsprogramm «Innovationskraft Schweiz» lanciert. Die finanziellen Bedingungen für die Unternehmen wurden gelockert. In meinen Augen braucht es kein neues Förderprogramm. Es steht viel Geld zur Verfügung. Das Problem ist eher die Sensibilisierung. Man muss den KMU die Angst nehmen, damit sie die Gefässe auch nutzen. Ich ermuntere hier die KMU, sich zu melden und entsprechende Projekte mit den Hochschulen zusammen zu lancieren. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion ab.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Es ist nicht immer einfach für den Regierungsrat. Den ganzen Tag haben wir gehört, dass wir zu langsam seien, und jetzt sind wir plötzlich zu schnell. Zum Votum von Urs Brücker: Er ist ein Fachmann in diesem Gebiet und hat bereits verschiedene Möglichkeiten genannt. Ich werde darauf zurückkommen. Die Innovationsförderung ist für den Wirtschaftsstandort Kanton Luzern wichtig, das ist uns bewusst. In Corona-Zeiten hat die Bedeutung nochmals zugenommen. Wir glauben sogar fest daran, dass es auch eine Chance ist, gerade jetzt mit Innovationen zu punkten. Die Innovationsförderung ist und bleibt auch ein Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik, das haben wir der zuständigen Kommission im Frühjahr präsentiert. Leider konnten wir die Arbeiten aus Ressourcengründen nicht so vorantreiben, wie wir das ohne Corona gekonnt hätten. Wir tun viel für die Vernetzung von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Eine gute Zusammenarbeit ist zentral. Wir haben «zentralschweiz innovativ», wo verschiedene Möglichkeiten zur Förderung vermittelt werden. Der Technopark stellt Infrastruktur für Startups zur Verfügung, dieses Projekt unterstützen wir auch. Das Projekt «*zünder» hat das Ziel, weitere Startups in der Zentralschweiz anzusiedeln. Nicht zu vergessen ist auch die Hochschullandschaft im Kanton Luzern, die ein gutes Basisangebot für Innovationsprojekte bietet, und im neuen Campus Horw soll auch noch ein weiteres Angebot dazukommen. Es besteht auch ein enger Kontakt mit der Wirtschaft, mit Unternehmen, mit den Verbänden und den Organisationen. Es ist uns wichtig, den Puls der Unternehmen zusammen mit der Wirtschaftsförderung zu erspüren und die verschiedenen Bedürfnisse zu kennen und darauf einzugehen. Auch in unserem Positionspapier «Wirtschaftspolitische Strategie zur Bewältigung der Corona-Krise» vom Juni 2020 sind wir auf die Innovationsförderung eingegangen. Es wäre jetzt aus unserer Sicht nicht zielführend, den geforderten Fonds zu schaffen. Erstens: Der Staat soll sich auf gute Rahmenbedingungen konzentrieren. Daran hat die Regierung in der Vergangenheit immer zusammen mit dem Parlament gearbeitet und erfolgreich gute Rahmenbedingungen geschaffen. Zweitens: Es wäre aus finanzpolitischen Aspekten problematisch, weil gerade Fonds die Handlungsfreiheit in der Finanzpolitik einschränken, weil es gebundene Gelder sind. Drittens: Die bestehenden Angebote funktionieren gut. Zum Votum von Rahel Estermann: Durch das CO₂-Gesetz könnte mit dem Klimafonds noch eine zusätzliche Chance kommen. Auch mit dem Klimafonds sollen allenfalls Innovationen im Bereich des Klimas, die auch für die Wirtschaft nötig sind, gefördert werden können. Der Regierungsrat beantragt Ihnen die Ablehnung der Motion. Ich bitte Sie, uns zu folgen.

Der Rat lehnt die Motion mit 77 zu 28 Stimmen ab.